

VBP, Innere Wiener Str. 7, 81667 München

Bayerische Staatskanzlei
Frau Staatsrätin Karolina Gernbauer
Franz Josef-Strauß-Ring 1
80539 München
Per E-Mail: mil@stk.bayern.de

München, 07.03.2024

Stellungnahme zum Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern
Verbandsanhörung zu AZ: B II 5-1356-1-276

Sehr geehrte Frau Staatsrätin,

bezüglich des Vorschlags zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG), insbesondere hinsichtlich der Einführung des neuen Artikels 2 Absatz 6, nehmen wir wie folgt Stellung:

1. **Zusammenarbeit mit Sicherheitsorganen:** Wir erkennen grundsätzlich die positive Absicht, Schulen zur Kooperation mit Jugendoffizieren der Bundeswehr im Rahmen der politischen Bildung zu motivieren. Diese Initiative kann das Verständnis für sicherheitspolitische Themen stärken. Zudem kann der Austausch mit Karriereberatern der Bundeswehr und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben Schülerinnen und Schülern berufliche Perspektiven in diesem Sektor aufzeigen. Dennoch sollte eine solche Zusammenarbeit nicht obligatorisch sein, da eine Verpflichtung die Akzeptanz des Programms unter Schülerinnen und Schülern deutlich mindert.
2. **Privatschulautonomie:** Unabhängig davon, ob Artikel 2 des BayEUG für private Schulen bindend ist, muss die Autonomie und Freiheit der Privatschulen gewahrt bleiben. Eine gesetzliche Änderung, die private Schulen zur Durchführung dieser Angebote verpflichtet, würde diese Freiheit einschränken, was wir entschieden ablehnen. Die privaten Schulen waren bereits im Jahr 2022 von einer verfassungswidrigen Gesetzesänderung betroffen, die eine spezifische Definition von Unterricht festlegte. Diese Einschränkung muss rückgängig gemacht werden und es dürfen keine weiteren Beeinträchtigungen hinzukommen (Anlage).
3. **Finanzielle Aspekte:** Die Umsetzung der Maßnahmen gemäß Artikel 2 Absatz 6 des BayEUG ist mit zusätzlichem organisatorischem und finanziellem Aufwand verbunden. Daher ist es unerlässlich, zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen, um diese Änderungen effektiv umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Dietrich
Vorsitzender